



Brisant

Der «Tag grosser Freude»



von Schweizerzeit vor 4 Tagen



Eine Mehrheit im Bundesrat schuf die Voraussetzung für den von den Medien danach so wortreich hochgejubelten Besuch der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 20. Dezember 2024 in Bern.

Ziel dabei war offensichtlich, mittels plakativer, tausendfach verbreiteter Umarmung von der Leyens mit der – wenige Tag später ihren Rücktritt ankündigenden – Bundespräsidentin Viola Amherd den «erfolgreichen Abschluss» der Verhandlungen um den Rahmenvertrag 2.0 zwischen der Schweiz und der EU gebührend in Szene zu setzen.

Wir verwenden Cookies, um sicherzustellen, dass wir Ihnen das beste Erlebnis auf unserer Website bieten. Wenn Sie diese Website weiterhin nutzen, gehen wir davon aus, dass Sie damit zufrieden sind.

Ok

inszeniert worden ist. Sein Bericht darüber illustriert die Haltung der EU der Schweiz gegenüber derart augenfällig, dass die Schweizerzeit-Redaktion diesen Bericht den Lesern des «Brisant»-Kommentars im Wortlaut wiederzugeben sich entschlossen hat.

Franz Grüters Bericht im Wortlaut

Frau von der Leyen sprach von einem «Tag grosser Freude». Das kann ich verstehen. Wer es schafft, jemandem einen solchen Vertrag anzudrehen, der kann sich in der Tat freuen.

Worauf läuft dieser Unterwerfungsvertrag hinaus? Wir Schweizer sollen künftig nichts mehr zu sagen haben und dafür noch Milliarden Franken nach Brüssel überweisen. Da kann sich die EU tatsächlich freuen – wir weniger.

Es ist hoch interessant und bezeichnend, wie dieser Bundesratsentscheid am 20. Dezember zustande gekommen ist.

Die Bundesräte haben den ausgehandelten Vertragstext gar nicht zu sehen bekommen, sondern nur eine Zusammenfassung. Und zwar am Donnerstagnachmittag vor der Bundesratssitzung, welche am Freitagmorgen stattfand. Sie haben richtig gelesen: Am Donnerstagnachmittag erhalten die Damen und Herren Bundesräte ein paar mickrige Unterlagen und am Freitagmorgen wird bereits entschieden. Da wird in der Schweiz jeder Handyvertrag sorgfältiger studiert.

Unterwürfige Verhandlungen

Man muss sich das vorstellen: Der Bundesrat sagt Ja zum folgenreichsten Vertrag der Schweiz, ohne diesen Vertrag je gelesen zu haben. Das ist ein Skandal. Offenbar ist dieser Bundesrat fest entschlossen, unsere Demokratie und Unabhängigkeit zu entsorgen. Damit wir uns richtig verstehen: Wenn ich vom «Bundesrat» spreche, dann gibt es zwei löbliche Ausnahmen, und ich danke Guy Parmelin und Albert Rösti. dass sie sich gegen diesen Unterwerfungsvertrag

Wir verwenden Cookies, um sicherzustellen, dass wir Ihnen das beste Erlebnis auf unserer Website bieten. Wenn Sie diese Website weiterhin nutzen, gehen wir davon aus, dass Sie damit zufrieden sind.

Doch zurück zu dieser ominösen Bundesratssitzung vom 20. Dezember. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte, dass der Bundesrat zuerst entscheidet und sie erst dann in das Flugzeug nach Bern steigt. Deshalb wurde die Bundesratssitzung extra um eine Stunde auf acht Uhr vorverlegt. Das sind demütigende Vorgaben und unser Bundesrat macht brav mit. Man kann sich vorstellen, mit welcher Unterwürfigkeit der Bundesrat insgesamt mit der EU verhandelt hat.

Und zu guter Letzt verlangte die EU-Kommissionspräsidentin, dass es bei ihrem Besuch keine Medienkonferenz geben dürfe. Man wollte offenbar keine kritischen Fragen von Journalisten. Das ist ein Vorgeschmack, wie es in der EU zu- und hergeht: Hinter verschlossenen Türen entscheidet eine kleine Elite, Kritik ist unerwünscht und bitte keine lästige demokratische Mitbestimmung.

Und die Schlussfolgerungen von Nationalrat Franz Grüter lauten:

Die EU ist ein sinkendes Schiff und befindet sich in ihrer grössten Krise. Die EU befindet sich in ihrer grössten Krise seit ihrer Gründung. Einer der Hauptgründe ist die unglaubliche Regulierungswut. Vor fünf Jahren trat Frau von der Leyen gemeinsam mit der Klima-Aktivistin Greta Thunberg auf und präsentierte ihr Klimaschutz-Monstrum, den sogenannten Green Deal.

Wissen Sie, wie viele Seiten Vorschriften dieser Green Deal umfasst? 14'000 Seiten! Wie soll hier eine Firma noch vernünftig arbeiten können? Der Chef des grössten deutschen Chemie-Unternehmens BASF sagt, das «regulatorische Umfeld in Europa» mache es für die Wirtschaft immer schwieriger. Mit Europa meint er natürlich die EU.

Und wir sollen dort mitmachen und die ganze Sauce übernehmen? Zum Green Deal gehört, dass ab 2035 die Verbrennungsmotoren in der EU verboten sind. Die Realität sieht so aus, dass diese EU-Politik gerade die deutsche Automobilindustrie zerstört, zehntausende Menschen verlieren ihre Arbeit. Und das soll unsere gloriose Zukunft sein?

Wir verwenden Cookies, um sicherzustellen, dass wir Ihnen das beste Erlebnis auf unserer Website bieten. Wenn Sie diese Website weiterhin nutzen, gehen wir davon aus, dass Sie damit zufrieden sind.

Ok

hemmungsloser ausbeuten kann.

Auf Widerstand aus dem Bundeshaus warten wir noch – vergeblich?



Publiziert von **Schweizerzeit**

Wir verwenden Cookies, um sicherzustellen, dass wir Ihnen das beste Erlebnis auf unserer Website bieten. Wenn Sie diese Website weiterhin nutzen, gehen wir davon aus, dass Sie damit zufrieden sind.

Ok

9 Kommentare

↙ ↗ Expand All ↗ ↙ Collapse All Sortieren nach Älteste

Luigi43

vor 4 Tagen 

Ich hoffe nur, dass das Schweizer Volk (inkl. der Arbeitnehmer die der SP verbunden sind), so etwas nicht dulden. Wieso muss die Schweiz absteigen? Und geht es gut. Garantiert auch ohne einen Unterwerfungs-Vertrag. Das einzige (grosse Land) als Nachbarstaat der Schweiz ist Italien. Die leben ganz gut mit der bürgerlichen Regierung. Dem Erbe von Herr Berlusconi.

Das passt, dass die Engländer klein geschrieben werden. Sie geniessen nun wieder ihre Freiheiten. Machen ihre Gesetze wieder selber. Das ist die Freiheit die auch wir Schweizer lieben. Schaut das Chaos im Vorzeigeland Deutschland an.



▼ Antworten ansehen (1)

Helmut Baumli

vor 4 Tagen 

Wollen wir Eidgenossen uns wirklich diesem EU-Vertrag unterwerfen, machten wir dies je einmal seit 1291 mit einem König einem Kaiser? Nur Bündnisse auf gleicher Augenhöhe und ab 1515 am Wienerkongress mit der zugestandenen Neutralität. Ab 1948 als Bundesstaat mit Erfolg und Verschont von zwei Weltkriege! Was der heutige Bundesrat/Innen ausser den 2 SVP Bundesräte tun ist Landesverrat und wenn das Bundesgericht die noch Unterstützt muss diese Gremium zwingend ersetzt werden! Diese fehlbaren Ratsmitglieder müssen vor Gericht gestellt werden mit der Anklage des Landesverrates! 😞



Daniel Grob

vor 4 Tagen 

Da ein Grossteil der Schweizerischen Politikergilde jede Selbstachtung verloren hat und in beschämender Rückgratlosigkeit bereit ist, das Land den Diktaten eines von Korruption durchzogenen scheindemokratischen Verwaltungsmonsters zu unterwerfen, liegt es schliesslich wohl einmal mehr beim abstimmenden Bürger, diesem Treiben einen Riegel zu schieben. Bis dahin wird sich dieser jedoch mit Sicherheit noch unzähligen Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sehen.



Hans Geiger

vor 4 Tagen 

Wenn «die Bundesräte den ausgehandelten Vertragstext gar nicht zu sehen bekommen haben», konnten sie ihm auch nicht zustimmen. Es ging offensichtlich um eine PR-Aktion, nicht um einen Vertragsabschluss.

Wir verwenden Cookies, um sicherzustellen, dass wir Ihnen das beste Erlebnis auf unserer Website bieten. Wenn Sie diese Website weiterhin nutzen, gehen wir davon aus, dass Sie damit zufrieden sind.

Ok

Unglaublich 🤖 unsere Bundesräte sind nicht fähig noch glaubwürdig und sollten zurück treten 👍



Ruedi Berger

vor 3 Tagen 🗨

EIDGENOSSEN!! wacht endlich auf und schickt bei den nächsten Wahlen die Rot-Grüne Herrscherschaft aus der Regierung!
Liberte et Patrie / Freiheit und Vaterland



Peter Iberg

vor 2 Tagen 🗨

Die/Der Nachfolger/In von Bundesrätin, Viola Amherd, soll weder der EU noch der NATO beitreten wollen. Die Wahl liegt bei Vereinigten Bundesversammlung im März 2025.



✓ Antworten ansehen (1)

19
Shares

WHATSAPP

EMAIL

PRINT

FACEBOOK

TWITTER

LINKEDIN

TELEGRAM



Wir verwenden Cookies, um sicherzustellen, dass wir Ihnen das beste Erlebnis auf unserer Website bieten. Wenn Sie diese Website weiterhin nutzen, gehen wir davon aus, dass Sie damit zufrieden sind.

Ok